



Netzwerk Türkei Discussion Paper

Netzwerk Türkei Discussion Paper No. 2

Der Fluch mit dem Tuch

Über Islamisierungstendenzen und die aktuelle Verfassungsänderung in der Türkei

Ina Grimmer
grimmer.ina@gmail.com
Passau 2007

Der „Kopftuchstreit“, der hierzulande schon fast in Vergessenheit geraten ist, erregt gegenwärtig in der Türkei die Aufmerksamkeit von Bürgern und Politikern. Im Zuge der Verfassungsänderung bestimmen Diskussionen über Laizismus, „Nachbarschaftsdruck“ und die Islamisierung von Gesellschaft und Politik die öffentliche Agenda.

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juli dieses Jahres, bei denen die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) mit 47 Prozent der Wählerstimmen als klarer Sieger hervorging, kam es schließlich zur Wahl des neuen Staatsoberhauptes. Die mangelnde Einigung der Parlamentarier auf einen Kandidaten für das Staatspräsidentenamt war Auslöser der innenpolitischen Krise im Frühjahr gewesen. Kaum ist jedoch Abdullah Gül, der ehemalige Außenminister und Parteigenosse des amtierenden Ministerpräsidenten Erdogans, Ende August 2007 zum Staatspräsidenten gewählt worden, steht nun die Verfassungsänderung auf der innenpolitischen Tagesordnung der Türkei. Die Opposition und andere überzeugte Anhänger Atatürks befürchten bei einer Verfassungsänderung unter der Federführung der islamisch-konservativen Regierung die Verwässerung der republikanischen Grundsätze, insbesondere des sakrosankten Säkularismusprinzips. In diesem Zusammenhang stoßen vor allem die Bestrebungen der AKP, das Kopftuchverbot an staatlichen Hochschulen aufzuheben, bei überzeugten Laizisten auf Widerstand.

Der innergesellschaftliche Zankapfel

Anders als in vielen europäischen Ländern sind in der Türkei auch Studentinnen vom Kopftuchverbot an öffentlichen Universitäten betroffen. Viele Kopftuchträgerinnen und deren Angehörige sehen darin eine Beschneidung des Rechts auf freie Religionsausübung und vor allem auf Bildung. Für sie bedeutet Laizismus nicht, dass Bürgerinnen, die sich aufgrund ihres Glaubens dazu entschieden haben, das Kopftuch zu tragen, deswegen der Zugang zu Bildung auf staatlichem Wege verwehrt wird. Das Kopftuch der neuen First Lady der Türkei wurde auch ihr beim Studium zum Hindernis. Die Gattin Abdullah Güls klagte ihr Recht auf Bildung, nachdem sie alle türkischen Justizwege erschöpft hatte, 2002 sogar am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Das Paar zog die Klage jedoch später aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten wieder zurück.

Auch einige Kemalisten (grundsatztreue Verfechter der Ideen des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürks) sind der Meinung, es sei besser, verhüllte Frauen am gesellschaftlichen Leben mit teilhaben zu lassen, anstatt sie per Gesetz in soziale Isolation zu zwingen. Universitäten sind dabei ein wichtiger Bestandteil. Doch die Angst in der Bevölkerung, dass sich die Türkei durch die Abschaffung des Kopftuchverbots schrittweise zu einem Staat wandelt, in dem das islamische Gesetz der Scharia herrscht, ist groß. In den letzten Wochen dominierte vor allem das vom

namhaften türkischen Sozialwissenschaftler Professor Serif Mardin geprägte Schlagwort des „Nachbarschaftsdrucks“ (*mahalle baskisi*) den öffentlichen Diskurs. Es ist Ausdruck der Befürchtung, dass der vom unmittelbaren sozialen Umfeld ausgehende Druck auf ein Individuum so stark wird, dass es in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit beeinträchtigt wird. So werden Vermutungen angestellt, dass an einer Universität, wo beispielsweise neun von zehn Frauen Kopftuch tragen, letztlich alle Studentinnen verhüllt erscheinen.

Die Kopftuchsituation in der Türkei

Doch wie stellt sich die Lage des Kopftuchs in der Türkei überhaupt dar? Vor allem Reformgegner haben den Eindruck, dass mittlerweile sehr viel mehr Frauen ihr Haupt in der Öffentlichkeit bedecken als es früher der Fall war. Einer Statistik der Firma A&G vom September 2007¹ zufolge ist die Zahl der kopftuchtragenden Türcinnen in den letzten Jahren aber von 64,2 (Mai 2003) auf 61,4 (September 2007) Prozent gesunken. Der Anschein, dass es heute mehr verhüllte Frauen als früher gibt, beruht nach Angaben der Umfrage darauf, dass diese Frauen heute stärker in der Öffentlichkeit präsent sind. Bleibt noch die Frage zu klären, was es mit dem Kopftuch überhaupt auf sich hat. Was im Deutschen schlichtweg als ‚Kopftuch‘ bezeichnet wird, hat im Türkischen gleich mehrere Ausdrücke. Sicherlich kann man die Unterschiede zwischen *basörtüsü*, *esarp*, *türban*, *çarsaf* und *yöresel örtü* an der Tragweise und am Grad der Verhüllung festmachen, doch ausschlaggebend für die Art und Weise, wie Frauen das Kopftuch tragen, ist in erster Linie der Grund, warum sie es tragen. Der reine religiöse Glaube (64,1 %) ist der Hauptbeweggrund, warum sich türkische Frauen verhüllen. Daneben spielen aber auch Tradition (18,9 %), Gewohnheit (12,4 %) und der Wille von älteren Familienmitgliedern (4,6 %) eine Rolle. Wenn man dann noch erwägt, dass nur ein knappes Fünftel der Befragten das Kopftuch (*türban*) als ein politisches Zeichen wertet, ist es auch verständlich, warum sich die überwiegende Mehrheit (73,7 %) für die Abschaffung des Kopftuchverbots ausspricht, und nur 26,3 Prozent dessen Aufrechterhaltung befürworten.

Religionserziehung in der Verfassung

Neben der Auseinandersetzung um das Kopftuch erhitzt auch die geplante Einführung Islamischer Religionserziehung als Pflichtfach an Grund- und Mittelschulen die Gemüter. Das Fach soll anstelle des bisherigen, verpflichtenden Religionskultur- und Ethikunterrichtes treten. Die Kinder sollen nicht mehr nur über die Weltreligionen aufgeklärt werden, sondern ihnen soll

¹ Vgl. *Radikal*, 28. September 2007.

beigebracht werden, wie man im Sunnitentum das Gebet verrichtet, wie man richtig fastet und welche sonstigen Regeln ein guter Muslim beachten muss. Abgesehen von den religiösen Minderheiten (Juden, Christen, aber auch muslimischen Minderheiten wie Schiiten und Aleviten) und den überzeugten Laizisten im Land wirft diese Änderung des Artikels 24 der Verfassung auch Fragezeichen bei Politikern in den eigenen Reihen auf. So warnt Tayyar Altikulaç, der ehemalige Präsident des Amts für Religiöse Angelegenheiten und einstiger Vorsitzender der parlamentarischen Kommission für Nationale Bildung, seine Partei, dass verpflichtender Religionserziehungsunterricht in einem laizistischen Land unmöglich sei.²

Auch der zu den Wahlen erstmalig für die AKP angetretene Parlamentarier, erfolgreiche Autor und Alevit Reha Çamuroglu spricht sich in einem Interview mit der linksorientierten Tageszeitung *Radikal*³ vorwiegend gegen die neuen Religionsunterrichtspläne aus. Er hinterfragt kritisch, warum im Änderungsvorschlag seiner Partei nur von Religionsunterricht als verpflichtender Lehrbestandteil die Rede ist. „In der Verfassung steht nichts zu Physik, warum dann zu Religion?“ fragt er polemisch. Dies erwecke den Anschein, dass andere Fächer nicht den gleichen Stellenwert im Bildungswesen einnehmen. Darüber hinaus stellt er grundsätzlich in Frage, ob die Verfassung der geeignete Ort ist, um Themen wie Lehrpläne zu erörtern. Seines Erachtens soll eine moderne Verfassung kurz und konkret sein und klare Koordinaten beinhalten. Schließlich sei es Ziel der Verfassungsänderung, der im Anschluss an den Militärputsch ratifizierten Verfassung von 1982 einen zivilen Charakter zu verleihen, worauf die Reformer ihr Hauptaugenmerk legen sollten. Mittlerweile befinden sich die von einer aus Wissenschaftlern bestehenden Kommission ausgearbeiteten Vorschläge unter dem Kontrollstift der AKP. Wie jedoch die endgültigen Änderungen aussehen werden, bleibt noch abzuwarten.

Der Islam auf dem Vormarsch

Viele Kritiker, vor allem aus dem kemalistischen Lager, befürchten durch die Verfassungsänderung die schriftliche Fixierung eines Islamisierungstrends, der sich bereits in einigen Bevölkerungsschichten durchzusetzen scheint. Seit neustem gibt es auf dem türkischen Spielzeugmarkt auch ein Brettspiel, das seiner Aufmachung nach Monopoly ähnelt, aber statt Kapitalvermehrung die Gebote des Korans lehrt. Laut Packungsbeilage ist es das Anliegen des Herstellers, in einem Land, dessen Bevölkerung zu 99 Prozent aus Muslimen besteht, bei der Erziehung von gesunden, der Gewalt abgeneigten Individuen, die gewisse moralische Grundregeln und Bräuche einhalten, einen Beitrag zu leisten. Statt mit einem Würfel wird bei

² Vgl. *Hürriyet*, 23. September 2007.

³ Vgl. *Radikal*, 27. September 2007.

„Paradiesgarten“ (*Cennet Bahçesi*) mit Kreisel gespielt. Punkte sammelt man, indem man die Anweisungen auf den Spielfeldern wie ‚Singe einen Lobgesang‘, ‚Lies den Koran‘, ‚Rezitiere eine Sure‘, aber auch ‚Im Islam ist es Pflicht, sich zu bedecken‘ befolgt. Wer 2000 Punkte gesammelt hat, gelangt schließlich ins Paradies. Ein besorgniserregender Trend, wenn man bedenkt, dass das Spiel ohne Altersbeschränkung auch als religiöses Erziehungsmittel bei den Jüngsten eingesetzt werden kann?

Vieles deutet darauf hin, dass sich die Türkei gerade in einer religiös bedingten konservativen Phase befindet. Jedoch bleibt fraglich, ob sich das Land unter der Regierung der AKP nach dem Vorbild des Irans entwickelt, wie viele Skeptiker befürchten. Immerhin sind die demokratischen Prinzipien und insbesondere der Laizismus seit fast 85 Jahren in der Republik verwurzelt, was für eine islamische Revolution – selbst wenn sie schleichend ist – eine sehr große Hürde darstellt.

Ina Grimmer
(im Oktober 2007)

Quelle:

Grimmer, Ina (2007), „Der Fluch mit dem Tuch“, *conText. Politische Zeitschrift*, vol. 4, Passau: 20-21.